

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



freitag, 26. maez 1971

blatt 875

verteidigungsminister luetgendorf bei buergermeister slavik

2 wien, 26.3. (rk) einen hoeflichkeitsbesuch stattete donners-
tag nachmittag der bundesminister fuer landesverteidigung, brigadier
karl l u e t g e n d o r f, buergermeister felix s l a v i k
im rathaus ab. in einem bei dieser gelegenheit gefuehrten gespraech
wurden unter anderem gemeinsame probleme auf dem gebiet des zivil-
schutzes eroertert. dabei wurde besonders die bedeutung der zur
zeit noch im bau befindlichen wiener u-bahn fuer den schutz der
zivilbevoelkerung hervorgehoben.

0908

die verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

gleisarbeiten auf der reichsbruecke

1 wien, 26.3. (rk) am montag kommender woche beginnen die verkehrsbetriebe mit der erneuerung ihrer gleise auf der reichsbruecke. die arbeiten werden zur folge haben, dass fuer den autoverkehr in beiden richtungen nur je ein fahrstreifen zur verfuegung stehen wird. in den naechten von montag bis freitag (23 bis 4 uhr) wird zudem der verkehr in richtung stadteinwaerts gaenzlich unterbrochen, um die gleisarbeiten rascher vorantreiben zu koennen. die erneuerung der schienen soll am 25. juni abgeschlossen sein.

auch in der marchfeldstrasse im 20. bezirk werden zwischen hochstaedtplatz und leystrasse am kommenden montag gleiserneuerungsarbeiten beginnen. die arbeiten werden voraussichtlich am 9. juni abgeschlossen werden. auch hier wird fuer jede fahrtrichtung nur ein fahrstreifen uebrig bleiben.

die wahrscheinlich empfindlichste stoerung des individualverkehrs wird in der kommenden woche jedoch durch dringend notwendig gewordene rohrerneuerungsarbeiten der wasserwerke in der nussdorfer strasse ausgeloeset werden: zwischen sechschimmelgasse und waehringer strasse wird fuer den aus dem 19. bezirk kommenden verkehr nur ein fahrstreifen zur verfuegung stehen. diese arbeiten der wasserwerke werden voraussichtlich zehn wochen andauern, doch wird die behinderung deshalb laenger sein, weil in diesem teil der nussdorfer strasse auch die gleise der tramway und schliesslich die fahrbahndecke selbst erneuert werden. von der behinderung wird voraussichtlich ab mitte april auch der stadtauswaerts fuehrende verkehr durch die nussdorfer strasse betroffen sein, weil infolge der gleisarbeiten nur eine fahrspur freigehalten werden wird koennen.

0909

rathausempfang zur viennale-eroeffnung

4 wien, 26.3. (rk) zwei mitglieder der bundesregierung nahmen an der eroeffnung der viennale 1971 teil: wissenschaftsminister dr. hertha firnberg und verteidigungsminister karl luetgendorf. besonders herzlich begruesste vize-buergermeister gertrude froehlich-sandler bei der premiere im forum-kino den regisseur fritz lang, der wenige stunden vorher aus der hand des buergermeisters die ehrenmedaille der bundeshauptstadt wien in gold erhalten hatte.

bei dem empfang im rathaus nach der premiere begruesste buergermeister felix slavik die gaeste in den wappensaalen. von seiten wiens nahmen an eroeffnung und empfang vize-buergermeister hans bock, die stadtraete dr. otto glueck, maria jacob, franz nekula, otto schweda und stadtschulratspraesident dr. hermann schnell teil.

0928

wien-rundfahrt der sowjetischen salt-delegation

5 wien, 26.3. (rk) kommenden sonntag, den 28. maerz, wird die sowjetische salt-delegation eine wien-rundfahrt absolvieren, an der rund 60 personen teilnehmen. zwei autobusse, die von der stadt wien zur verfuegung gestellt wurden, werden die gaeste vom parkhotel in baden abholen und nach wien bringen. hauptziel sind das rathaus, wo eine besichtigung vorgesehen ist, und die innere stadt.

0933

bezirksvertretungssitzungen in der kommenden woche

3 wien, 26.3. (rk) in der kommenden woche finden folgende bezirksvertretungssitzungen statt:

31. maerz: 17 uhr, favoriten, keplerplatz 5, 1. stock, traueungssaal. 15 uhr, simmering, enkplatz 2, 1. stock, zimmer 112.

0915

geehrte redaktion!

7 der pid laedt die kommunalberichterstatter und alle kollegen, die ueber das verkehrs- und baugeschehen in den wiener strassen berichten, zu einem

p r e s s e g e s p r a e c h

ein, bei dem baudirektor prof.dr.rudolf k o l l e r sowie die leitenden beamten aller einbautendienststellen beziehungsweise der fuer die verkehrsmassnahmen zustaendigen ma 46 fuer informationen zur verfuegung stehen werden.

die strassenbauabteilung wird bei dieser ''verkehrsrunde'' ausfuehrlich ueber das heurige strassenbauprogramm, also auch ueber das der bundesstrassenverwaltung, berichten.

bitte merken sie vor:

zeit: freitag, 2. april, 10.30 uhr.

ort: sitzungszimmer des pid, presseforum, rathausstrasse 1.

1100

praterbruecke: tempolimit 50 km/h aufgehoben

8 wien, 26.3. (rk) mit wirkung vom freitag gilt auf der praterbruecke und auf der praterhochstrasse wieder tempo 80. bekanntlich war im winter eine geschwindigkeitsbeschraenkung von 50 km/h verfuegt worden, da die neugebauten verkehrswege nicht ''gesalzen'' werden konnten und daher erhoehrte vorsicht fuer die kraftfahrer geboten war. dieser tage waren die kehrmaschinen der stadtreinigung am werk, um die bruecke und die autobahn vom streusplit zu saeubern. daraufhin konnte die aufhebung des tempolimits verfuegt werden. da die gefahr von nachfroesten und damit verbundener strassenglaette noch nicht voellig gebannt ist, empfiehlt sich jedoch in den morgenstunden weiterhin entsprechende vorsicht.

1120

Wiener Landtag

=====

Wien, 26.3. (RK) Vorsitz: Präsident Dr. Stemmer. Die DFP hat eine dringende Anfrage, betreffend Unzukömmlichkeiten anlässlich des Besuches des russischen Staatszirkus eingebracht und den Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt. Von der ÖVP liegt ein Antrag, betreffend die Bestimmungen für die Gewährung einer Wohnbeihilfe im Härteausgleich vor. Über die DFP-Anfrage soll vor Schluß der Sitzung abgestimmt werden.

Für Lehrer und Kindergärtnerinnen

Lhptm.-Stv. Hans Bock (SPÖ) referierte über die 5. Novelle zur Besoldungsordnung, mit der vor allem die Bezüge von Lehrern, Kindergärtnerinnen und Horterziehern erhöht werden. Diese Verbesserung erfolgt in Angleichung an eine entsprechende Regelung des Bundes. Unmittelbarer Anlaß war die Neuordnung der Ausbildung der Pflichtschullehrer an den Pädagogischen Akademien. Die Lehrer, die in gleicher Form verwendet werden, aber keine solche Ausbildung hatten, werden in fünf Etappen bis 1974 an die Regelung herangeführt. Die Gesamtkosten der Neuregelung betragen zehn Millionen Schilling jährlich.

Abg. Müller (DFP) kritisierte, daß die Gesetzesnovelle erst vor einer Woche den Abgeordneten zugestellt wurde und verlangte eine Neuverlautbarung der Besoldungsordnung.

Abg. Prof. Dr. Wolfram (FPÖ) wandte sich gegen die fallweise Erlassung der vorgeschriebenen Reifeprüfung für Lehrämter. Besser sei es, Studienurlaube zu gewähren. Mit einer unzulänglichen Besoldung der Lehrer würde die ganze Öffentlichkeit eine schwere Schuld gegenüber der Jugend auf sich laden. Gegenwärtig sind viele Lehrer gezwungen, ihre Bezüge durch Mehrleistungen, Privatstunden und andere Nebenverdienste aufzubessern. Darunter leide die Qualität des Unterrichts. Die Jugend habe ein Recht auf Lehrer, die ihren Beruf als Berufung und nicht als Job auffassen und die frei von materiellen Sorgen sind.

Lhptm.-Stv. Bock verwies im Schlußwort auf bestehende Möglichkeiten für einen Studienurlaub. Für eine Wiederverlautbarung

der Besoldungsordnung sei es noch zu früh, da in absehbarer Zeit mit weiteren Novellierungen zu rechnen sei.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

In Begründung der dringenden DFP-Anfrage, worin Erhebungen über angebliche Übergriffe von Mitgliedern des russischen Staatszirkus mit Beteiligung von Dienstnehmern der Stadthalle gefordert werden, sprach Abg.Dr.Tuma. Er beantragte die Verlesung und Besprechung der Anfrage.

Abstimmung: Verlesung und Besprechung wurden nicht zuerkannt.
(Schluß.)

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 26. März (RK) Vorsitz: Bürgermeister Felix Slavik.
Eingangs würdigte der Bürgermeister die Verdienste des am 9. März verstorbenen Stadtschulratspräsidenten i.R. Hofrat Dr. Max Neugebauer.

Von der DFP lagen drei Anfragen, betreffend die Verrechnung der Fernheizwärme und eine Anfrage, betreffend die endgültige Planung für den Bereich des Sportplatzes Red Star im 15. Bezirk vor. Von der FPÖ lagen zwei Anfragen, betreffend die Finanzierung des Wiener U-Bahn-Baues und die Verlegung des Fischmarktes, von der ÖVP lagen fünf Anfragen, betreffend die Heizkostenverrechnung, die Ausarbeitung eines Projektes für das Verkehrsbauwerk Karlsplatz, statistische Unterlagen für die Wiener Bezirke, Untersuchungen durch Meinungsforschungsinstitute, sowie Inserate und Druckkostenbeiträge, vor.

Die Anträge der DFP, betreffend eine einheitliche Abschreibungsdauer für Fernheizanlagen, der FPÖ, betreffend die Eingliederung des Heizbetriebe Wien Ges.mbH als Teilunternehmen in die Wiener Stadtwerke, und der ÖVP, betreffend die Errichtung eines Rheumaspitals im Bereich des "Kurzentrums Ober-Laa" wurde den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Über die Anfrage der FPÖ, betreffend den beabsichtigten Abbruch des gotischen Bürgerhauses "Zum großen Jordan", und die Anfrage der FPÖ, betreffend den Tod eines Kindes durch Stromeinwirkung in einem städtischen Krankenhaus wird nach Schluß der Debatte abgestimmt werden.

Landaufenthaltsaktion

GR. Rosenberger (SPÖ) beantragt, für die Landaufenthaltsaktion 1971 2,340.000 Schilling zu bewilligen. Die Urlaube erstrecken sich auf den Zeitraum zwischen dem 12. Mai und dem 22. September.

GR. Lehner (ÖVP) zeigt die positiven Seiten dieser Landaufenthaltsaktion auf. Besonders erfreulich sei, daß man nun endlich auch einer Anregung seiner Fraktion Rechnung getragen habe, nämlich auch Zuschüsse für Urlaube zu gewähren, die nach eigenem Ermessen gestaltet werden. Leider wurde der Gemeinderat über die Einführung dieser positiven Maßnahme nicht informiert, auch im Buch "Jungbleiben in Wien" hätte man auf diese Möglichkeit hinweisen müssen.

GR. Maria Szöllösi (SPÖ) verweist darauf, daß der Magistrat bereits seit 1968 die individuelle Urlaubsgestaltung ermöglichte, und zwar für Körperbehinderte, wenn diese ein ärztliches Attest vorlegten. Es war also nur eine Weiterentwicklung dieses Gedankens. Die Urlaubsaktion finde großen Anklang und sei aus dem Leben unserer alten Mitbürger nicht mehr wegzudenken. Für 1971 sind jetzt schon 2.550 Personen angemeldet. 1970 haben insgesamt 2.300 Männer und Frauen an der Urlaubsaktion teilgenommen. Nur zehn Prozent von ihnen haben den vollen Betrag bezahlt.

GR. Rosenberger verzichtet auf das Schlußwort.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Investitionskredite

GR. Maria Hlawka (SPÖ) referiert über die Aufstockung von Investitionskrediten zur Förderung von Betriebsneuansiedlungen und strukturverbessernden Betriebsverlagerungen bis zu einem Gesamtvolumen von 200 Millionen Schilling.

GR. Neusser (ÖVP) begrüßte namens seiner Fraktion diese Maßnahme, weil durch die Bereitstellung solcher Kredite die Industrieansiedlung gefördert werde. In diesem Zusammenhang kam der Debattenredner auf die Stellung des Gewerbes in Wien zu sprechen. Obwohl arbeitsmarktpolitisch von großer Bedeutung für die Stadt, sei dieser Zweig im Vergleich zur Industrie ein "Stiefkind". Hier im Interesse der Wiener Wirtschaft Abhilfe zu schaffen, wäre dringende Notwendigkeit.

GR.Paulas (SPÖ) wies auf die Bedeutung der Kreditaktion der Gemeinde Wien für den Handel und die Industrie hin, wobei er betonte, daß diese Aktion einmalig in Österreich sei. Diese Wirtschaftsförderung durch die Stadt habe zu einem starken Impuls der Wiener Wirtschaft und des Gewerbes geführt. Die Wiener Wirtschaft könne daher dank der bereitgestellten Mittel einer gesicherten Entwicklung entgegensehen. Der Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Beitritt

GR.Hans Mayr (SPÖ) beantragte den Beitritt der Stadt Wien zur Österreichischen Gesellschaft für das Straßenwesen (ÖGS) ab 1971 bei einem jährlichen Mitgliedsbeitrag von 14.000 Schilling. Die Gesellschaft ist Mitglied der International Road Federation, eines der UNO angeschlossenen Dachverbandes, der sich vor allem mit der Straßenbauforschung befaßt. Da bereits alle übrigen Bundesländer und zahlreiche einschlägige Firmen Mitglied sind, sei es zweifellos vorteilhaft, sich der Forschungsergebnisse und Erfahrungswerte dieser Gesellschaft zu bedienen.

GR.Hoffmann (ÖVP) befürwortete den Beitritt zur ÖGS, bedauerte aber gleichzeitig, daß Wien hinsichtlich des Straßenbaues ins Hintertreffen geraten sei. Bei einem Straßenbauanteil von 1,74 Prozent am Gesamtbudget 1971 sei gegenüber 1969 ein Rückgang um 20 Prozent festzustellen. Der Redner stellte auch Vergleiche der pro Kopf beziehungsweise pro Pkw aufgewandten Straßenbaumittel auf. Während in Wien zum Beispiel pro Kopf der Bevölkerung im Jahr 1969 für den Straßenbau (einschließlich Bundesautobahnen) 472 Schilling aufgewandt wurden, betragen die Vergleichsziffern etwa für Klagenfurt 563 Schilling, für Villach 1.359 Schilling, für München 732 Schilling und für Hamburg 1.059 Schilling. Auch beim Vergleich mit den Pkw-Quoten komme Wien schlecht weg. An diese Feststellungen knüpfte GR.Hoffmann ein "Ceterum censeo", die Dotierung des Straßenbaues zu erhöhen.

Berichterstatter M a y r hob im Schlußwort hervor, daß die großstädtische Verkehrsplanung nicht allein aus dem Blickwinkel des Straßenbaus zu betrachten sei. Da der Verkehr nicht allein durch das Auto zu bewältigen sei, müsse ein attraktives öffentliches Verkehrsmittel angeboten werden und müssen die dafür aufgebrauchten Mittel ebenfalls in die Betrachtung einbezogen werden. Für das laufende Jahr werden allein Mittel in der Höhe von einer Milliarde Schilling für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs eingesetzt.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Kanalisation für Strandbad

GR G l a s e r (SPÖ) referierte über den Antrag, das städtische Strandbad Alte Donau mit einem Kostenaufwand von 1,8 Millionen Schilling an das öffentliche Kanalnetz anzuschließen.

GR Dr. G o l l e r (ÖVP) stellte dazu fest: Hätte man mir vor ein paar Tagen gesagt, das 1960/61 um 19,9 Millionen Schilling erbaute Strandbad Alte Donau sei nicht an das Kanalnetz angeschlossen, sondern besitze Senkgruben, hätte ich gesagt, das gibt es nicht, das ist ein Märchen aus Schilda. Leider sei das jedoch kein Einzelfall, auch der Campingplatz in der Hüttelbergstraße werde erst jetzt an das Kanalnetz angeschlossen. Die Zahl der Senkgruben in Wien sei mit 29.807 erschütternd groß. Noch bedenklicher stimmt, daß sie in den letzten zehn Jahren um 8.508 zugenommen habe. Wien habe 2.253 Kilometer öffentliche Straßen, aber nur 1.227 Kilometer Straßenkanäle. Ein Beispiel mangelhafter Koordinierung sei, daß 1961 bis 1964 der Donaupark mit einem Kanalnetz angelegt wurde, ohne daß das Strandbad Alte Donau angeschlossen wurde.

GR G l a s e r erklärte dazu, daß der Anschluß des Bades an das öffentliche Kanalnetz früher nicht möglich gewesen sei, weil der Vorfluter zu weit weg war. Wien baue jährlich 40 Kilometer Straßenkanäle. Eine Ausdehnung dieser Arbeit sei natürlich ein finanzielles Problem.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

EDV-Anlage

Berichterstatter GR.Seeböck (SPÖ) beantragte den Ankauf einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage IBM-370/155 zum Preis von 78,8 Millionen Schilling. Dieser Computer wird die derzeit in Verwendung stehende, gemietete Anlage IBM-360/50 ersetzen.

Als Debattenredner wies GR.Hans Mayr (SPÖ) darauf hin, daß alle bisher programmierten Arbeitsvorgänge von der neuen Anlage ohne weitere zusätzliche Programmierung übernommen werden können, was eine wesentliche Arbeitsvereinfachung bedeutet.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Anfrage betreffend Poliklinik

Zur beantragten Behandlung der FPÖ-Anfrage, den Tod eines Kindes in der Poliklinik betreffend, spricht GR.Dr.Schmidt (FPÖ). Er erklärt, daß man an diesem tragischen Ereignis nicht einfach vorüber gehen kann und daß die verantwortlichen Stellen der Gesundheitsverwaltung dazu Stellung nehmen sollten.

Der Antrag auf Verlesung und Besprechung wird einstimmig angenommen. Der Schriftführer, GR.Dkfm.Wöber (ÖVP), verliest daher die Anfrage, mit der eine Stellungnahme des Amtsführenden Stadtrates für das Gesundheitswesen verlangt wird, ferner die Mitteilung, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um die Gefährdung der Patienten in den städtischen Krankenanstalten durch schadhafte oder mangelhaft installierte Elektrogeräte auszuschließen. Ferner wird die Frage gestellt, ob sich die Spitalsleitung richtig verhalten hat, als sie den Eltern zunächst die wahre Todesursache verheimlichte und welche Konsequenzen man wegen des eigenartigen Verhaltens der Spitalsleitung zieht.

GR.Dr.Schmidt (FPÖ) verweist darauf, daß seine Fraktion bereits im Jänner dieses Jahres in jener Gemeinderatssitzung, in der die Schadensbehebung an den elektrischen Installationen im Elisabethspital beschlossen wurde, dringend verlangte, daß die Spitalsverwaltungen den elektrischen Einrichtungen größeres Augenmerk zuwenden müßten.

Und kurze Zeit später geschieht nun dieses tragische Ereignis. Ein Kind, das sich hätte einer Mandeloperation unterziehen müssen, stirbt und die Eltern bekommen dann noch eine falsche Auskunft über die Todesursache. Man hätte aber auch die menschliche Seite viel mehr beachten müssen. Wenn so ein tragischer Unfall geschieht, der offensichtlich auf das Versagen in einer städtischen Einrichtung zurückzuführen ist, hätte die Stadt Wien den betroffenen Eltern gegenüber zumindest eine Geste des Bedauerns abgeben müssen.

GR. Müller (DFP) stellt die Frage, wer eigentlich für die Sicherheit in Spitälern, für die Abnahme und Überprüfung von Elektrogeräten verantwortlich sei.

StR. Dr. Glück (ÖVP) meldete sich zur sofortigen Beantwortung der Anfrage. Der Tod des Knaben sei ein außerordentlich tragischer und bedauernswerter Zwischenfall. Es müsse jedoch mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß hier niemals die Absicht bestand, irgendetwas zu vertuschen oder zu verschweigen. Die Ärzte der Poliklinik hätten anfangs wirklich den Eindruck gehabt, der Knabe sei erstickt, umso mehr, als die Luftröhre voller Speisereste und auch im Bett Erbrochenes gewesen sei. Auch jetzt sei die Todesursache noch nicht hundertprozentig klar, wenn auch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ein Elektrounfall anzunehmen sei. Die Ärzte der Poliklinik kämpften zwei Stunden um das Leben des Kindes. Es seien die schrecklichsten Stunden in einem Spital, wenn ein junger, gesunder Mensch nicht mehr atmet. Die Poliklinik sei eine der am besten eingerichteten Kliniken von Wien, man könne also zweifellos behaupten, daß nicht mehr getan werden konnte, als getan wurde. Das Gerät, das den Unfall verursachte, sei neu gewesen, habe das deutsche Gütezeichen getragen und habe bei der Überprüfung keinen erkennbaren Mangel aufgewiesen. An die fünfzig gleichartige Geräte seien gleichzeitig in Verwendung genommen worden - und zwar keine billigen, sondern sehr teure Geräte. StR. Dr. Glück betonte abschließend sein Mitgefühl für die schwer getroffenen Eltern. Hier liege eben einer jener tragischen Unglücksfälle vor, wie sie leider trotz aller Vorsicht überall passieren können.

/.

Anfrage wegen Heizkosten

Nach Erledigung der Tagesordnung begründete GR. T u m a (DFP) den Antrag auf Verlesung und Besprechung einer Anfrage seiner Fraktion zu den Heizkosten. Tuma erklärte, er habe Verständnis dafür, daß die Fernheizung noch in den Kinderschuhen steckt und daß noch immer keine verlässlichen Meßgeräte existieren. Diese Unsicherheiten dürften aber nicht auf dem Rücken der Gemeindemieter ausgetragen werden.

Abstimmung: Der Antrag auf Verlesung und Besprechung wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Anfrage wegen Hausabbruch

Zur Anfrage der FPÖ, betreffend den beabsichtigten Abbruch des gotischen Bürgerhauses "Zum großen Jordan", in der der Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt war, führte Gemeinderat Dr. W o l f r a m unter anderem aus, daß durch den Abbruch dieses unersetzlichen Kulturdenkmales einer der schönsten Wiener Plätze seiner Geschlossenheit und Harmonie beraubt werde. Es müsse die Aufgabe des Kulturamtes sein, die Vernichtung dieses einmalig schönen Bauwerkes und die Zerstörung des Platzes zu verhindern.

Abstimmung: Der Antrag auf Verlesung und Besprechung erhielt nur die Stimmen der FPÖ und DFP und war damit abgelehnt.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Gemeinderat (Nachlese)

=====

Wien, 26.3. (RK) Fast 80 Tagesordnungspunkte wurden vom Gemeinderat ohne Debatte angenommen: Darunter befanden sich sehr viele Grundstückstransaktionen. Außerdem wurden Straßensanierungen und Bauarbeiten mit Kosten von 45 Millionen Schilling im 1. Bezirk genehmigt. Sie dienen der Verbesserung der Verkehrssituation als Voraussetzung für den U-Bahn-Bau.

Wiener Landesverbände österreichischer Jugendorganisationen erhielten namhafte Subventionen im Gesamtausmaß von zwei Millionen Schilling. Außerdem wurde Generaldirektion der Stadtwerke ermächtigt, einen Teil ihrer Beteiligung an der Austria Ferngas-Gesellschaft an Kärnten abzutreten: Auch dieses Bundesland soll sowjetisches Erdgas erhalten. Auf der Tagesordnung standen dazu noch mehrere Subventionen für kulturelle Organisationen und Wiener Kleinbühnen. (Schluß)

- - -

amerikanische studenten im rathaus

16 wien, 26.3. (rk) eine amerikanische studentengruppe aus dem staat new york, die zur zeit in wien einen studienurlaub verbringt, besuchte freitag vormittag das wiener rathaus. als vertreter der stadtverwaltung begruesste vizebuergenmeister hans b o c k die jungen gaeste des union college. der studienurlaub wird vom austro american institute of education organisiert. die studenten wohnen in wien bei familien und haben die moeglichkeit, dadurch ihr deutschstudium zu intensivieren.

1346

preisguenstige gemuese- und obstsorten

17 wien, 26.3. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: grundsalat 2.50 bis 4 schilling je stueck, karotten 6 bis 7 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 bis 7 schilling, birnen (qualitaetsklasse 1) 7 bis 8 schilling, orangen, israelische, 7 schilling je kilogramm.

1410

experten des deutschen sprachraums:

symposion ueber rechtsschreibreform

19 wien, 26.3. (rk) in wien ging freitag ein fuenftaegiges symposion zu ende, dessen beratungen moeglicherweise einfluss auf die reform in der rechtsschreibung der deutschen sprache haben werden: die oesterreichische gesellschaft fuer sprachpflege und rechtsschreiberneuerung hatte vertreter aus der bundesrepublik, der ddr, der schweiz und oesterreich zu diesem symposion eingeladen. motto: ''die schreibung und die gegenwaertige gesellschaft''.

freitag sprach zum thema ''schulreform und rechtsschreibreform'' stadtschulratspraesident dr. hermann s c h n e l l . er bezeichnete die rechtsschreibung als ''eine willkuerlich getroffene konvention'', deren regeln gelernt werden muessen, ohne einen bildungswert an sich darzustellen. der sprachunterricht erfordere eine fuer die schrift moeglichst einfache konvention, damit fuer den muendlichen ausdruck mehr zeit bleibe. schliesslich werde ja die schriftliche ausdrucksform nicht wegen der rechtsschreibung, sondern wegen der sachinhalte gewaehlt.

damit sei, erklarte schnell, der zusammenhang zwischen der reform der schule und der der rechtsschreibung vor allem in einer grundlage fuer erfolgreicherem und gezielterem sprachunterricht zu sehen. das gemeinsame anliegen bestehe darin, ''die leistungsfahigkeit des Kindes, sein interesse fuer den gesamten bildungsprozess staerker zu beruecksichtigen und dabei auch eine steigerung der leistung in den fuer unsere zeit wichtigen sachstrukturen zu ermoeglichen''.

1510

brand im allgemeinen krankenhaus

20 wien, 26.3. (rk) freitag gegen 13 uhr kam es beim verlegen eines kunststoff-fussbodenbelages, das von arbeitern einer privatfirma durchgefuehrt wurde, im bestrahlungsraum der strahlungs-therapeutischen anstalt im allgemeinen krankenhaus zu einem brand. die ursache dafuer war, dass sich die daempfe des kontaktklebers an der zuendflamme eines gasradiators entzuendet hatten. es kam zur verpuffsartigen verbrennung des etwa 4 quadratmeter grossen fussbodenbelagstueckes, das mit dem kontaktkleber bestrichen war. dadurch gerieten mehrere einrichtungsgegenstaende und zwei tuerfuellungen in brand. die arbeiter konnte das feuer mit einem pulverloescher noch vor eintreffen der feuerwehr loeschen. die grosse hitze- und russentwicklung verursachte erheblichen sachschaden.

1645